

Am 5. Juli dieses Jahres haben wir einen Brief an den Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach zu dessen Entwurf geschrieben.

- In diesem haben wir nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es kurzsichtig ist, das Finanzierungsproblem der Gesetzlichen Krankenkassen mit der Streichung der Neupatientenregelung auf die ambulante Versorgung abzuschieben.
- Wird diese Streichung tatsächlich durchgesetzt, wird die Gesundheitsversorgung in Deutschland auf Dauer nicht mehr sichergestellt sein:
- Der Mangel an ambulant tätigen Kolleginnen und Kollegen wird zunehmen.
- Ältere Niedergelassene werden ihre Praxen aufgeben und keine Nachfolger finden.
- Praxen werden ihre Sprechstunden einschränken müssen, weil keine bezahlbaren Mitarbeitenden (MFA u.a.) mehr zu finden sind.
- Investitionen werden für die Praxen nicht mehr möglich sein.
- Investorengesteuerte MVZs werden zunehmend die ambulante Versorgung übernehmen.

Mit unserem erfolgreichen Aktionstag am 7. September 2022, an dem mehr als 2.000 Mitglieder teilgenommen haben, haben wir Berliner Ärztinnen und Ärzte, Psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichen-Therapeutinnen und -therapeuten eindrücklich gezeigt, dass wir uns diese Vorgaben der Politik nicht gefallen lassen.

An die Politik gerichtet sagen wir: Das Fass ist übergelaufen!

Nachdem Sie

- uns im Namen der Digitalisierung die TI zugemutet haben,
- uns gezwungen haben, im Eiltempo eine für Patientinnen und Ärzte unnütze Digitalisierung umzusetzen,
- wir nach viel zu kurzer Laufzeit die Konnektoren ersetzen und verwenden sollen,

wird jetzt erstmalig nicht nur Honorar und damit Leistungen eingefroren, sondern sogar gekürzt.

Wir werden das nicht widerstandslos hinnehmen.

- Wir werden unsere Patientinnen und Patienten über die vom Gesetzgeber geplante Verschlechterung der Versorgung informieren.
- Der Vorstand der KV Berlin hat zusammen mit der Vertreterversammlung beschlossen, den Kolleginnen und Kollegen in den Praxen entsprechendes Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen.
- Wir werden unsere Patientinnen und Patienten dazu auffordern, an ihren Abgeordneten zu schreiben.
- Wir sind in Berlin gezwungen, einen Honorarverteilungsmaßstab zu beschließen, der durch die Streichung der Neupatientenregelung zu deutlichen Leistungseinschränkungen führen wird.

**Deshalb fordern wir Sie, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, auf, stimmen Sie der Abschaffung der Neupatientenregelung im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz nicht zu.**

**Sorgen Sie dafür, dass die gute ambulante Versorgung in Deutschland erhalten bleibt.**

**Verhindern Sie, dass Investoren ihren Einfluss in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Interesse ihrer Aktionäre ausweiten.**